

3/2020

## Pressemitteilung

LANDES  
RECHNUNGSHOF  
BRANDENBURG

### **Corona-Krise und die finanziellen Folgen und Herausforderungen für Brandenburg**

Potsdam,  
23. April 2020

**Trotz der gewaltigen Aufgaben bei der Bewältigung der Corona-Krise darf der Blick für eine langfristige Haushaltskonsolidierung nicht verloren gehen. Dabei sollten auch bereits geplante Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Der Haushaltskontrollausschuss des Landtages fordert Priorisierung.**

Bei Rückfragen wenden  
Sie sich bitte an das

Büro des Präsidenten  
Graf-von-Schwerin-Str. 1  
14469 Potsdam

Telefon 0331 866-8590  
Fax 0331 866-8518

Zu den finanziellen Folgen der Corona-Krise erklärt das **Große Kollegium des Landesrechnungshofes**:

[bdp@lrh.brandenburg.de](mailto:bdp@lrh.brandenburg.de)  
[www.lrh-brandenburg.de](http://www.lrh-brandenburg.de)

Die finanziellen Belastungen des Landes in der Zukunft werden enorm sein. Die Umsetzung des finanziellen Rettungsschirms für die Abfederung der Folgen der Corona-Krise wird zu einer massiven Neuverschuldung führen. Die Höhe der tatsächlich in Anspruch zu nehmenden Kredite wird sich zwar erst im Laufe des Jahres herausstellen. Die Finanzministerin weist aber zu Recht darauf hin, dass die Ermächtigung, zwei Milliarden Euro an neuen Krediten aufzunehmen zu dürfen, nicht ausgeschöpft werden muss. Die Notwendigkeit jeder Hilfsmaßnahme muss daher genau geprüft werden.

Wegen der unausweichlichen massiven Steuermindereinnahmen in diesem Jahr, die im Einklang mit der Schuldenbremse erneut durch eine Kreditaufnahme ausgeglichen werden müssten, dürfte sich der Schuldenstand zum Jahresende 2020 auf rund 22 Mrd. Euro erhöhen.

Die neuen Schulden müssen zurückgezahlt werden. Nach der Regelung der Schuldenbremse muss ein verbindlicher Tilgungsplan für neu aufgenommene Kredite vorgelegt werden. Weitere Kredite sind ebenfalls zu tilgen. Neben Tilgungsleistungen müssen Zinsen gezahlt werden. Allein diese Belastungen erfordern zukünftig ein Höchstmaß an Haushaltsdisziplin.

Im Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2019 zur Haushaltslage 2018 und in dem am 23. April 2020 gefassten Beschluss des Haushaltskontrollausschusses wird bereits für die Vor-Corona-Zeit bemerkt, dass auf der Ausgabenseite des Haushalts auf eine klare Prioritätensetzung zu achten ist. Diese Priorisierung gilt umso mehr für die Nach-Corona-Zeit. Denn auch die Nachträge für die Haushalte 2019 und 2020 sehen strukturelle Ausgabenerhöhungen im konsumtiven Bereich vor. Es ist richtig, dass die Abmilderung der

Folgen der Corona-Krise nicht am Geld scheitern sollte. Dass Geld aber keine Rolle spielen darf, wäre wegen der künftigen Belastungen der Steuerzahler nicht vertretbar.

Hintergrund:

Finanzielle Ausgangslage

Der bislang höchste Schuldenstand im Jahr 2012 mit rund 18,7 Mrd. € wurde in den vergangenen Jahren durch Tilgungen um 852 Mio. € reduziert. Durch die vor Inkrafttreten der Schuldenbremse Ende 2019 aufgenommenen Kredite für den Zukunftsinvestitionsfonds wuchs der Schuldenstand auf den neuen Höchststand von 18,8 Mrd. €.

Die Zinsausgaben sanken vom Jahr 2008 bis 2018 von 808 Mio. € auf 280 Mio. €. Die Steuereinnahmen stiegen im gleichen Zeitraum von 5,6 € auf 8,2 Mrd. € und in Folge die Steuerdeckungsquote von 55,5 % auf 70,6 %. Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten sanken von 1,47 Mrd. € auf 400 Mio. €. Aus diesen Positionen ergab sich im Jahr 2018 im Vergleich zu 2008 eine erhebliche zusätzliche Finanzausstattung. Die in zehn Jahren gewonnenen finanziellen Spielräume wurden genutzt, um einerseits die Verschuldung zu reduzieren und andererseits eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 2 Mrd. € aufzubauen.

Im Jahr 2019 wurden der Allgemeinen Rücklage 265,5 Mio. € entnommen. Der Nachtragshaushalt 2020 sieht eine weitere Entnahme von knapp 900 Mio. € vor. Wird die bereits für 2021 – ohne Corona-Folgen – erwartete Deckungslücke von 847 Mio. € ebenfalls aus der Rücklage gedeckt, wäre diese aufgebraucht. Mit der Neuverschuldung für den Zukunftsinvestitionsfonds und dem Verbrauch der Rücklage würde damit innerhalb von zwei Jahren ein Ausgabevolumen von 3 Mrd. € realisiert, das nicht durch Einnahmen gedeckt ist.

++